DEMOKRATIE JETZT

AKTIONEN UND INFORMATIONEN

Nr. 15 Februar 1990

„Reparatur am laufenden Wagen"

SPIEGEL-Interview mit DDR-Minister Wolfgang Ullmann zur Bilanz des Bonn-Besuchs

Der Theologe Wolfgang Ullmann, 60, arbeitet als Dozent für Kirchengeschichte in Ost-Berlin. Seit Anfang Februar vertritt er die Bewegung „Demokratie Jetzt" als Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Modrow.

SPIEGEL: Herr Minister, sind Sie sehr enttäuscht von den Brüdern und Schwestern am Rhein zurückgekehrt?

ULLMANN: Ganz und gar nicht, weil ich schon hinfuhr unter dem Eindruck, daß der Ton, der angeschlagen worden war in den Tagen vorher, alles andere als brüderlich und schwesterlich gewesen ist.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich von Kohl erpreßt?

ULLMANN: Nein, das fühlen wir nicht, und ich gehe auch nicht davon aus, daß Herr Kohl Erpressungsabsichten gehabt hat. Er hat aus seiner innersten Überzeugung gehandelt. Ich glaube aber, daß diese Überzeugungen ausgehen von vielen Mißverständnissen der internationalen Lage und auch getragen sind von einem tiefen Unverständnis für die Situation unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger.

SPIEGEL: Was hat er denn da mißverstanden?

ULLMANN: Ich hatte den Eindruck, Kohl war wieder einmal der voreiligen Meinung, daß er der Kanzler aller Deutschen sei und daß ihm gerade aus unserem Lande eine Woge der Begeisterung entgegenschlagen würde, wenn er im Namen aller Deutschen spricht.

SPIEGEL: Statt dessen herrscht eher Katzenjammer. Haben Sie auch Angst vor der Zukunft?

*******KOMMENTAR*******

SCHUBLÄDEN

Wer ist wer, lautet in diesen Tagen die häufigste Frage. Mancherorts fallen Namen als Antworten: Brandt, Kohl, Genscher. Die Schubläden sind leicht zu bewegen. Wo sich solcherart Etiketten nicht finden lassen, behelfen sich selbst Journalisten, die eigentlich von Berufs wegen genauer fragen sollten, mit der schnellen Vokabel links. Und wieder ist ein Etikett geklebt, ob es paßt oder nicht.

Überhaupt herrscht Verwirrung im Lande. Wie lassen sich linke und rechte Positionen beschreiben. Die Sitzordnung im Parlament - daher rührt die Bezeichnung - kann es nicht sein. Helfen da vielleicht Adjektive wie konservativ oder progressiv, sozialistisch oder bürgerlich, christlich oder marxistisch? Die "Junge Welt" bezeichnet sich als Linke Sozialistische Jugendzeitung. Gibt es auch einen rechten Sozialismus? Wo steht die PDS, wo stand die SED? Rechtsaußen mit linken Parolen? Vom BÜNDNIS 90 war in den Medien als einem linken Bündnis die Rede. Wie links ist denn das Bündnis der Vereinigten Linken und verschiedener marxistischer Gruppen?

Links und Rechts als Etiketten taugen wenig zur Beschreibung. Was vorschnell links genannt wurde, die Vorstellungen der Bürgerbewegungen im Bündnis '90, könnte ebenso als konservativ bezeichnet werden. Die Menschen in diesen Bürgerbewegungen sind es, die aufgestanden

Fortsetzung von Seite 1

waren mit dem Willen, ein System zu verändern, damit Menschlichkeit bewahrt bleibt und nicht auf Dauer von einer politbürokratischen Diktatur mit Füßen getreten wird. Die Kraft, die vom Einzelnen ausgeht, soll Platz haben zur Entfaltung. Denn erst so kann auch Solidarität in einer Gesellschaft wachsen. Nicht von ungefähr heißt es

BÜRGER-BEWEGUNG.

BürgerInnen sind nicht bloß Zuschauer der Demokratie sondern handelnde Subjekte in einer Demokratie. Sie haben ein Recht darauf, sich an allen Orten, auch zwischen den Wahlen, einzumischen in Politik, die ihre Sache ist, weil sie davon betroffen sind. Die Bürgerbewegungen sind es, die jetzt darum kämpfen, daß in einer neuen Wirtschaftsordnung die sozialen Rechte derer gewahrt bleiben, die nicht die Chance haben, Unternehmer zu werden. Es gilt, Kindern und Rentnern, die auf Hilfe angewiesen sind, einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft zu bewahren und vielfach erst zu schaffen. Arbeitslose und alleinerziehende Mütter und Väter brauchen soziale Sicherungen. Dies sind nur wenige Beispiele, die sich gemeinsam beschreiben lassen:
Der Weg von einem totalitären System, das sich Sozialismus nannte und Stalinismus war, muß sich daran messen lassen, was auf ihm an menschlichen Beziehungen bewahrt bleibt und hinzugewonnen wird.

Freiheit bedeutet immer auch die Freiheit der Schwächeren, in Würde zu leben.

Die deutsche Frage ist nicht nur eine wirtschaftliche und politische sondern vor allem eine soziale Frage, auf die schnell eine Antwort gefunden werden muß. Wenn das linke Politik zu nennen ist, dann bitte. Meinetwegen auch konservativ. Doch was immer auf dem Etikett steht, auf den Inhalt kommt es an!

ULLMANN: Die Ernüchterung scheint tatsächlich einzutreten. Das halte ich für einen großen Fortschritt. Katzenjammer würde ich das nicht nennen – es ist immer hilfreich, wenn man von Illusionen frei wird.

SPIEGEL: Welche Illusionen meinen Sie?

ULLMANN: Die Illusionen waren die, die mit dem Wort Wiedervereinigung verbunden sind. Der Gedanke war, man nimmt die Mauer weg und reißt die Drahtzäune ab und die Selbstschußanlagen, dann ist eben wiedervereinigt, was einst eins war. Das ist eine ganz tiefe Illusion. Denn 40 Jahre lang war Abgrenzung in der DDR ein erstrangiger Programmpunkt allen politischen Handelns nach innen und außen. Das hat unser Land zutiefst geprägt und in einen unvernünftig und irrational weiten Abstand zur Bundesrepublik gebracht. Deshalb kann man das nicht einfach aneinanderfügen.

SPIEGEL: Ist Deutschland unvereinbar?

ULLMANN: Es ist vereinbar, aber nur in einem Prozeß. Allmählich lernt man in beiden Teilen, daß hier ein gesellschaftlicher Transformationsprozeß gefordert ist, für den es in der Geschichte eigentlich so wenig Analogien gibt, daß ich auch als Historiker in Verlegenheit gerate, wenn ich dafür Vergleiche suchen soll.

SPIEGEL: Trotzdem sind Sie mit der Forderung nach 15 Milliarden Mark Soforthilfe nach Bonn gegangen und haben damit die Illusion genährt, mit Geld seien die Probleme lösbar.

ULLMANN: Ich selber habe diesen Gedanken nie gehabt. Ich bin kein Finanzexperte, kann aber so weit denken, daß man nicht 15 Milliarden einfach in die Tasche stecken und mitnehmen kann. Wenn man ein Finanzprogramm von diesem immerhin beträchtlichen Umfang verlangt, dann muß man ein paar Vorstellungen haben, was das heißen soll.

SPIEGEL: Und was soll von diesen 15 Milliarden finanziert werden?

ULLMANN: Man muß davon die enormen Folgekosten finanzieren, die die Arbeitslosigkeit in diesem Lande verursachen wird. Ferner muß man eine Umgestaltung unserer Industrie finanzieren. Und: Es muß etwas geschehen, daß die Leute ihre gesamten Spareinlagen nicht plötzlich in Altpapier verwandelt sehen. Das muß auch irgendwie finanziert werden. Da reichen 15 Milliarden bestimmt nicht.

SPIEGEL: Nun ist immerhin eine gemeinsame Kommission versprochen worden, hätte man das nicht am Telefon machen können?

ULLMANN: Gewiß, aber es hätte einen anderen Modus und Geist der Kommunikation vorausgesetzt, als die Bundesregierung ihn erkennen ließ in den letzten Tagen. Es ist ja schon auffällig, daß diese Bundesregierung nichts Eiligeres zu tun hatte, als mit Herrn Krenz zu telefonieren, daß sie mit Herrn Modrow aber über die Medien verkehrte und durch Herrn Teltschik Gerüchte über den angeblichen Staatsbankrott verbreitet.

SPIEGEL: Alles nur Gerüchte?

ULLMANN: Mir ist beim Mittagessen erläutert worden, daß es sich hier um ein ganz, ganz großes Mißverständnis und Mißgeschick gehandelt habe, wobei ich nach wie vor in tiefes Sinnen gerate, wieso Profis wie Teltschik solche Mißgeschicke passieren können.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß Teltschik nur aussprach, was Kohl denkt?

ULLMANN: Ich bin kein Anhänger der Politik von Helmut Kohl. Was mich freilich gewundert hat im Gespräch, ist, daß er so schnell die Fassung verliert und Zeichen von Erregung zeigt, wenn er mit dieser Frage konfrontiert wird.

SPIEGEL: Mit welcher Frage?

ULLMANN: Als ich, um endlich Klarheit in der Gesprächsrunde zu schaffen, sagte: Herr Bundeskanzler, was ist denn nun gemeint mit Einheit? Und als ich hinzufügte, was nach meinem Dafürhalten nicht damit gemeint sein kann, nämlich Anschluß der DDR an die Bundesrepublik im Sinne von Artikel 23 Grundgesetz, da reagierte er sehr erregt: Das Wort „Anschluß" muß sofort aus der Debatte, das kommt gar nicht in Frage. Herr Waigel sekundierte sofort. Ich war sehr zufrieden damit. Ich bin jetzt auch noch sehr zufrieden, daß er das gesagt hat. Ich hoffe, daß er das nicht so schnell korrigiert, wie Herr Waigel es korrigiert hat.

SPIEGEL: Aber gibt es tatsächlich eine Alternative? Ist die DDR nicht längst so kaputt, daß Einheit nur noch über den Anschluß zu haben ist?

ULLMANN: Diejenigen, die das sagen, sollten sich im klaren sein: Wenn sie Anschluß machen, dann werden sie Probleme schaffen in der Bundesrepublik, die ich ihnen lieber nicht wünsche.

SPIEGEL: Und die Alternative?

ULLMANN: Dazu muß ich Ihnen eine Geschichte erzählen. Am Tag nach der Öffnung der Mauer, ganz früh zwischen fünf und sechs Uhr, klingelte bei mir das Telefon. Ich rannte aus dem Bett. Einer meiner wissenschaftlichen Berater sagte: Herr Ullmann, sofort, sofort, Sie müssen etwas auf die Beine stellen. Der Bundespräsident Weizsäcker, der Bischof Forck und noch irgendeine andere Ansehen und Glauben verdienende Persönlichkeit müssen vor den Fernsehschirm treten und der Bevölkerung der DDR erklären, die Mauer muß sofort wieder auf ein Vierteljahr geschlossen werden, sonst geschieht ein Unglück. Ich habe zu dem Herrn, der mich anrief, gesagt: Und das halten Sie für durchsetzbar? Da sagte er: Nein, eigentlich nicht. Ich sagte: Sehen Sie. Und darum geht's eben nicht. Das ist die einzige Sofortmaßnahme, die es gibt.

SPIEGEL: Aber keine Alternative.

ULLMANN: Die Lage ist nach wie vor die gleiche. Wenn wir jetzt wirklich in die Phase eintreten, wo hier geändert wird – und es wird rabiat geändert werden müssen, das fühlen die Leute, daher die Angst, von der Sie gesprochen haben –, werden noch mehr gehen.

SPIEGEL: Und je mehr gehen, desto weniger kann geändert werden.

ULLMANN: Das ist die Schere, in der wir leben und arbeiten müssen. Aber wir müssen. Wir machen eine Reparatur am laufenden Wagen. Wir haben dazu keine Alternative. Wer denkt, wir setzen uns schnell mal hin, schaffen die Westmark rüber, dann drücken wir auf den Knopf, dann sitzen die DRR-Bürger schön zu Hause und sind brav, und das normale Leben geht los, der verkennt die Situation total.

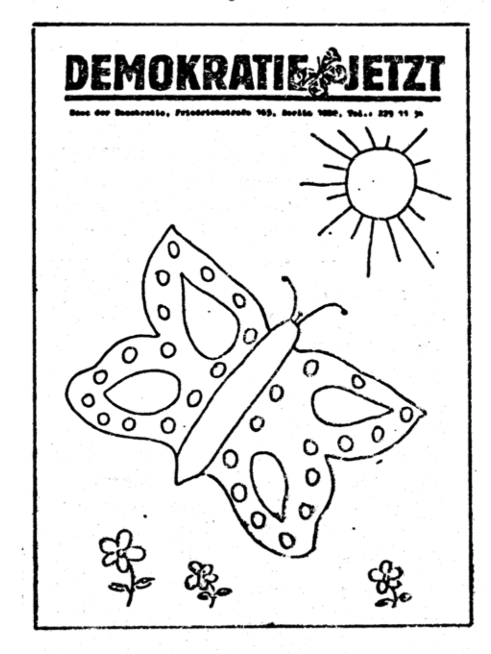
SPIEGEL: Und was wäre, wenn die Volkskammer unter Berufung auf Artikel 23 des Grundgesetzes die DDR als Teil der Bundesrepublik erklärt?

ULLMANN: Das wäre meines Erachtens nicht möglich, weil dann nämlich Artikel 146 eintritt, der das Grundgesetz als solches außer Kraft setzt. Denn dann müßte erst die neue, dort genannte Verfassung geschrieben werden.

SPIEGEL: Dann dauert es also noch Jahre bis zur Einheit.

ULLMANN: Ach überhaupt nicht. Wir haben sie doch schon. Wer in Ost-Berlin wohnt und will irgendein Buch haben wie ich, der fährt mal schnell zum Bahnhof Zoo und geht zur Heinrich-Heine-Buchhandlung und sagt: Da ist es ja. Was will ich denn mehr? Das ist für Leute in Berlin nun mal das Naheliegende. Wer jetzt was braucht, der fährt ins KaDeWe. Das haben wir jedenfalls, und die grenznahen Leute haben's auch.

Was trennt uns eigentlich? Uns trennt ein Berg von Problemen, aber menschlich und im Bereich der politischen Verantwortung ist man sich darüber im klaren: Wir können nur noch zusammen. Das geht gar nicht anders.



Zum Ausmalen für Kinder (Eine Idee der Senftenberger Basisgruppe)

AN ALLE BASISGRUPPEN

Bei uns in der Geschäftsstelle gehen fast täglich Anfragen ein, die die Organisation unserer Beitragszahlungen betreffen.
Der Geschäftsausschuß unserer Bürgerbewegung hat dazu folgendes beschlossen:

- In jeder Basisgruppe kassiert ein Finanzverantwortlicher die Beiträge der einzelnen Mitglieder und überweist laut Satzung 50% davon auf das Konto der Geschäftsstelle (Sparkasse Berlin; Konto 6652-3[illegible]-31[illegible]8). Die anderen 50% stehen der Basisgruppe direkt zur Verfügung.
- Mitglieder, die keiner Basisgruppe angehören, überweisen ihren Beitrag direkt auf das Konto der Geschäftsstelle.

Diese Gelder werden dann von uns direkt der Basisgruppenarbeit zugeleitet.

- Spenden:

  Sachspenden (Büromaterial, Schreibmaschinen usw.) können bei der jeweiligen BAsisgruppe verbleiben. Falls kein eigener Bedarf besteht, bitte an die Geschäftsstelle weiterleiten. Von dort wird es an Gruppen verteilt, die Material benötigen.

  Geldspenden werden wie Beiträge behandelt: 50% verbleiben in der Basisgruppe (bei Bedarf), 50% gehen an die Geschäftsstelle

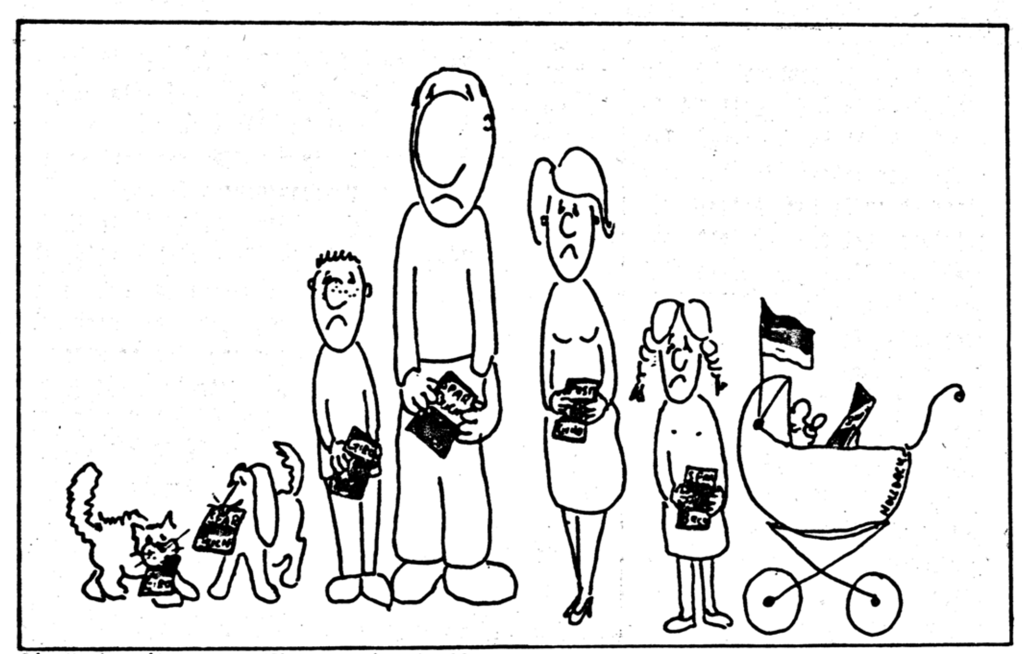
Die Beiträge für Februar bitte bis Ende des Monats auf das Konto überweisen und nicht vergessen, auf dem Überweisungsauftrag immer "Beitrag für Monat:..." oder "Spende" zu vermerken.

DANKE!

VORDENKER UND BÜRGERVERTRETER

Konrad Weiß - unser Kandidat

Vor etwa einem Jahr veröffentlichte Konrad Weiß in der ZEIT einen Artikel zur deutschen Frage: er sehe nicht ein, daß die Deutschen für immer in zwei Staaten leben müßten. Entmilitarisiert, solidarisch und weltoffen - so stellte er sich das künftige Deutschland vor. Erinnern wir uns in dieser Ära des kurzen Gedächtnisses. Honecker hatte gerade der Mauer eine weitere hundertjährige Periode zur Stabilisierung des europäischen Friedens vorausgesagt. Fast alle zuckten zusammen, viele packten die Koffer: Öffentlich reagiert haben nur wenige - darunter, mit einem Offenen Brief an den damaligen Staatsratsvorsitzenden, ein Arbeitskreis, der im September zur Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT aufrief.



Die Vorbereitung zur Währungsunion (Falls Ihnen noch ein Familienmitglied fehlt: Wir sind bereit! d. Red.)

Und Konrad Weiß, der etwa zur selben Zeit zu dieser Gruppe stieß. Heute bekommt er neben zustimmenden, fragenden, argumentierenden Briefen auch Post, aus denen der Haß spricht. Ein Wahlergebnis von 0,01% wird ihm gewünscht, etwa ebensoviel Stimmen wie für die DKP sollen es am 18. März sein - weil er die Frechheit besaß, "gegen die Wiedervereinigung" zu sprechen.

Konrad Weiß ist ein paar Jahre zu alt, um ein "richtiger" DDRler zu sein. Er gehört zu jenen Kindern, die mit einem Flüchtlingstreck aus Schlesien in die Ostzone kamen. Alle seine Verwandten zogen weiter gen Westen, nur die Mutter wollte der alten Heimat nahe sein - so einfach waren damals die Gründe fürs bleiben im Osten.

Schon in der Kindheit ist da ein Thema angelegt, das später Konrad Weiß' ganzes bewußtes Leben wie ein roter Faden durchzieht - Leiden an Deutschland, Nachdenken für Deutschland. "Nur wer an Deutschland leidet, soll für Deutschland reden", heißt es in einem Text aus dem Oktober des Jahres '89 (taz, 6.10.89). In seiner beruflichen Arbeit als Dokumentarfilmer hat er sich mit den deutschen Wegen und Irrwegen dieses Jahrhunderts auseinandergesetzt. Filme wie "Dawids Tagebuch" über das Schicksal eines jüdischen Jungen in einer polnischen Kleinstadt im Jahre 1942 oder "ich bin klein, aber wichtig - ein Film über Janusz Koczak - bezeugen es. Natürlich konnte Konrad Weiß in seiner Arbeit die real existierende Zensur nicht sprengen. Aber er hat nie "auf Bestellung" gearbeitet, sondern bei der DEFA hartnäckig Projekte durchgesetzt, die er für notwendig hielt.

Als aufmerksamer Beobachter auch der untergründigen Entwicklungen in Deutschland hat ihn der wachsende Einfluß neofaschistisch-rassistischer Ideologie in der DDR während der achtziger Jahre ebenso beunruhigt wie die Tabuisierung dieses Tatbestands duch die herrschende politische Führung. Einen Aufsatz über dieses Thema, der auch nach der "Wende" noch nicht überholt ist, konnte er vor vor einem Jahr nur in der halblegalen Zeitschrift "Kontext" publizieren. Bald danach brachten diesen Text die angesehenen Blätter "Polityka" (Warschau) und "Jerusalem Post". Ihn selbst brachte diese Veröffentlichung an den Rand des Berufsverbots.

In den Bereichen Kultur und Medien verfügt er nicht nur über große Erfahrungen, sondern auch über die nötige politische Kompetenz. Dennoch ist Konrad Weiß kein Politiker, der Parolen werbewirksam an die Frau und den Mann zu bringen versteht. Als einer der Vordenker des Wandels in der DDR vertraut er eher auf die Überzeugungskraft seiner Argumente. Er kann scharf sein in Diskussionen, zuweilen auch bissig, aber nie aalglatt und demagogisch. Wenn er zum Widerspruch reizt, läßt er sich auch packen. Ich wünsche ihm, daß er einer von uns bleibt, ein Vertreter von Bürgerinteressen. Und daß er nach dem 18. März dafür die Öffentlichkeit des Parlaments zur Verfügung hat. Ich wünsche ihm nicht, daß er ein Politiker wird.

Ludwig Mehlhorn

ICH ERWARTE BESUCH

Bernd Heimberger

Ich erwarte Besuch! Wer nicht? Ich erwarte gern unerwarteten Besuch! Wer noch? Eingedenk der unangenehmen Überraschungen, die unerwartete Besucher manchmal in die gute Stube bringen, sind sie bei meinen meisten Bekannten nicht sehr beliebt. Ich scheue das Überraschungsrisiko nicht und bin dieser Tage auf Überraschung sogar gefaßt. Seit Wochen nun schon erwarte ich unerwarteten Besuch.

Nun weiß man es!

Manches Geheimnis war gar keins!

Es wurde schon während seines Entstehens bekannt – durch versteckt angebrachte Mikrofunksendeanlagen – im Volksmund „Wanzen" genannt – in Tagungsstätten, Kunstiergarderoben, Geschäfts- und Privaträumen ...

Und heute? Sind Sie sicher davor? Haben Sie auch an Ihre Konkurrenz gedacht?

Keine Panik! Suchen Sie nicht selbst!

Beauftragen Sie uns!

Wir sind die Profis von der Deutschen Post!
Ihr Wunsch nach Diskretion in Ihren Räumen – wir erfüllen ihn!
Für Parteien und politische Vereinigungen noch vor der Wahl!
Unsere Erfahrung und modernste technische Ausrüstung für Ihre Sicherheit!

Wir arbeiten zuverlässig und schnell!



Deutsche Post
Zentralamt für Funkkontroll- und Meßdienst
Waldpromenade 4
Berlin, 1170

Telefon: Berlin 6 50 23 15
Telex: 0112697 ZFK

(Lieber Bernd Heimberger, Du solltest das ND vom 16.2. lesen! d. Red.)

Es sind nahezu ein Dutzend Jahre vergangen, seit sich einer der bekanntesten Literaturkritiker der Bundesrepublik zu einem einwöchigen Aufenthalt bei mir ankündigte und schließlich auch eine erforderliche Genehmigung erhielt. Drei Tage vor seiner Ankunft standen, unaufgefordert und unangemeldet, drei "Mitarbeiter der Deutschen Post" vor meiner Tür. Sie wußten mehr, als ich wußte. Sie wußten , daß eine Störung meines Telefons behoben werden mußte. Als ich die Drei sofort entlastete, waren sie wieder klüger und erklärten in ihrer aufdringlichen Art, daß sie auf jeden Fall die veralteten Steckdosen austauschen müßten. Korrekterweise muß ich hinzufügen, daß sich nur einer der Truppe zum Wortführer gemacht hatte. Er drängte mir die unerwünschte Dienstleistung der sonst nicht so schnellen Deutschen Postauf, obwohl ich an der Stabilität der alten Steckdosen keinen Zweifel ließ. Der Mann in der geschniegelten Uniform des Postlers, der Mann mit den sorgfältig gefeilten Fingernägeln, der Mann, zu dem die beiden Monteure einen halben Schritt Abstand hielten, der Mann war von seiner Absicht nicht abzubringen. Meine andauernde Zurückhaltung und indirekte Zurückweisung wies er zurück, indem er sich schließlich selbstentschieden den Zutritt erzwang.
Ich verließ das Zimmer, in denen die Unerwünschten werkelten. Seither bin ich aber nie wieder das Gefühl losgeworden, daß sich, wenn auch nicht ständig, doch hin und wieder, unsichtbare Zuhörer in den Zimmern aufhielten. Einmal, als sich eine familiäre Situation politisiert und zugespitzt hatte, meldete sich der vermutete angeschlossene Telefonteilnehmer mit tonbandkalter Stimme: "Staatssicherheitsdienst. Beenden sie sofort das Gespräch!" Zuvor war das

dreimal unterbrochen worden. Von wem? Niemand, dem ich die Geschichte in den nächsten Tagen erzählte, wollte sie so glauben. Aber so war es im Mai 1988. Und heute?Sind die kostümierten Postleute pensioniert? Wer besucht mich? Nun? Oder ist es so, daß mit der Ausschaltung des Ministeriums für Staatssicherheit, des Amtes für Nationale Sicherheit die Ab-Hör-Anlage automatisch abgeschaltet wurde? Wer weiß die Antwort? Ich erwarte eine eindeutige Antwort!

Nachsatz: Was nun, wenn niemand mehr zuständig ist für den geschaffenen , geschilderten Zustand? Tickt da ein Zeitzünder in den Telefonen?



TERMINE * EINLADUNGEN

###

Für den 6. März laden DIE GRÜNEN zu einem "ökologischen Ratschlag" in das Haus der Demokratie ein. Es soll über den ökologischen Umbau der DDR und über Umweltrecht diskutiert werden. Dazu werden Ergebnisse aus speziellen Gutachten vorgestellt. Als Ergebnis der Tagung sollen SOFORTFORDERUNGEN formuliert werden, die dort ansetzen, wo zur Zeit die Weichen für die Zukunft gestellt werden.

###

LESERSPRÜCHE DER WOCHE

###

Die DSU will einen Verfassungsschutz! Die CDU hatte noch nie etwas dagegen! Und wir ?!

WohlSTAND für alle, die in Sesseln SITZEN

###

